



POSITIONEN

10 | 2008

Uwe Schünemann

Die unterschätzte
Gefahr –
Linksextremismus in
Deutschland

ISBN 978-3-940955-33-3

www.kas.de



Konrad
Adenauer
Stiftung

**Rede des Ministers für Inneres, Sport und Integration des Landes
Niedersachsen, Uwe Schünemann MdL, am 29. September 2008
in Hannover**

Beachten Sie auch unser Themenportal im Internet:
www.kas.de/extremismus

INHALT

5 | EINLEITUNG

7 | DIE UNTERSCHÄTZTE GEFAHR –
LINKSEXTREMISMUS IN DEUTSCHLAND
Uwe Schünemann

29 | WEITERE PUBLIKATIONEN DER
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG ZUM THEMA
„EXTREMISMUS IN DEUTSCHLAND“

31 | DER AUTOR

*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch
elektronische Systeme.*

© 2008, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

*Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.
Printed in Germany.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.*

ISBN 978-3-940955-33-3

EINLEITUNG

Als Minister für Inneres, Sport und Integration des Landes Niedersachsen steht Uwe Schünemann in der politischen Verantwortung, die Auseinandersetzung mit extremistischen, antidemokratischen und grundgesetzwidrigen Bedrohungen zu führen und zu koordinieren. Aus dieser Perspektive widmet er sich dem Linksextremismus.

Mit dem Einzug der Partei DIE LINKE in den niedersächsischen Landtag stellt eine Partei eine Fraktion im Parlament, die zugleich unter Beobachtung durch den Verfassungsschutz steht. Uwe Schünemann begründet und beschreibt in seiner Rede im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Leineschloss-Gespräch“ des Hermann-Ehlers-Bildungswerks der Konrad-Adenauer-Stiftung am 29. September 2008 in Hannover die Bedrohung durch den Linksextremismus als „unterschätzte Gefahr“.

Dabei nimmt er sowohl die Programmatik der Partei DIE LINKE und deren Gliederungen als auch die Verbindungen zu so genannten außerparlamentarischen Netzwerken und Gruppen in den Blick. Er analysiert ihre Argumentations- und Organisationsstrategien und leitet daraus die politische Notwendigkeit zur Beobachtung durch den Verfassungsschutz ab, besonders jedoch zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Linksextremismus.

DIE UNTERSCHÄTZTE GEFAHR – LINKSEXTREMISMUS IN DEUTSCHLAND

Uwe Schünemann

RÜCKBLICK: DIE REPUBLIK IM VISIER VON LINKSTERRORISTEN

Über 30 Jahre ist es her, dass unser Rechtsstaat eine harte Bewährungsprobe bestehen musste. Mit einer Serie von Anschlägen, Entführungen und Geiselnahmen hatten die selbst ernannten Stadtguerillas der linksterroristischen Roten-Armee-Fraktion (RAF) der Republik den Krieg erklärt. Der „deutsche Herbst“ 1977 mit seinen gewaltsamen Entführungsaktionen zur Freipressung inhaftierter RAF-Täter markierte den vorläufigen Höhepunkt einer verheerenden Gewaltwelle. Sie sollte noch viele Jahre andauern.

Es war im Terrorjahr 77 der konsequenten Haltung des damaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt und seines überparteilichen Krisenstabes zu verdanken, dass unser Staat den Terroristen erfolgreich die Stirn bot. Ihre Erpressungsversuche liefen ins Leere. Im Übrigen stand parteiübergreifend außer Frage, die Sicherheitsbehörden für eine nachhaltige Terrorismusbekämpfung optimal aufzustellen. Der Rechtsstaat zeigte sich wehrhaft, ohne dass die Freiheit Schaden nahm.

Als die RAF 1998 ihre Selbstaflösung verkündete, war die Bilanz des Terrors erschreckend genug: 34 Menschen wurden bei Anschlägen oder Geiselnahmen ermordet, viele davon mittlerweile vergessen. Es gab zahlreiche Verletzte. Außerdem verloren 20 Mitglieder der RAF im Zuge der Gewaltaktionen das Leben, nicht wenige durch Selbstmord.

Die linksterroristische Gewalt steht auch im Mittelpunkt des gerade angelaufenen und viel diskutierten Kinofilms „Der Baader-Meinhof-Komplex“. Es wäre wünschenswert, wenn dieser Film den Blick für den menschenverachtenden Kern der RAF schärft. Die Verklärung terroristischer Gewalt oder sogar klammheimliche Sympathien für die Täter sind nicht nur ein Schlag ins Gesicht der Opfer. Sie bergen auch die prinzipielle Gefahr einer Renaissance von Ideen, die Rechtsbrüche und Gewalt legitimieren können.

ISLAMISMUS UND RECHTSEXTREMISMUS IM VORDERGRUND

Das Terrorjahr 77 hat sich tief in das kollektive Gedächtnis unserer Demokratie eingegraben. Wer allerdings glaubte, mit der Selbstaflösung der RAF habe sich das Thema Terrorismus erledigt, sah sich gründlich getäuscht. Rund 30 Jahre nach den denkwürdigen Ereignissen stehen wir erneut einer terroristischen Herausforderung gegenüber.

Die aktuellen Terror-Warnungen und Festnahmen zeigen eindringlich: Deutschland steht verschärft im Visier militanter Islamisten. Ihr religiös inspirierter Terrorismus zielt weniger gegen „führende Vertreter des Systems“. Vielmehr richten die islamistischen „Gotteskrieger“ ihre Gewalt gegen möglichst viele Menschen der „westlichen Feindstaaten“. Auf Massenmord angelegte, spektakuläre Anschläge sind ein fester Teil ihrer Kommunikationsstrategie. Das unterscheidet den „neuen“ vom „alten“ Terrorismus.

In der Schwerpunktsetzung der Sicherheitsbehörden wie auch in der medialen Berichterstattung nehmen die vom Islamismus ausgehenden Gefahren verständlicherweise einen zentralen Platz ein. Und rechtsextremistische Bestrebungen registriert unsere Gesellschaft ohnehin mit besonderer Sensibilität. Gerade hier herrscht – glücklicherweise – ein ausgeprägter Konsens, fremdenfeindliches, antisemitisches oder sozialdarwinistisches Ideengut im Ansatz zu ächten. Der Kampf gegen Rechtsextremismus beginnt in den Köpfen. Deshalb setzen wir in Niedersachsen auf

eine nachhaltige Präventions- und Aufklärungsarbeit. Unser Verfassungsschutz ist in diesem Bereich hervorragend aufgestellt. Die Zusammenarbeit mit Einrichtungen der Erwachsenenbildung, mit Schulen und mit politischen Akteuren an der kommunalen Basis läuft vorbildlich. Diese Maßnahmen werden wir mit Nachdruck fortsetzen.

ANTITOTALITÄRER KONSENS

Wie steht es aber nun um das Phänomen Linksextremismus? Zunächst einige grundsätzliche Bemerkungen: Aus meiner Sicht muss sich eine glaubwürdige Innen- und Sicherheitspolitik konsequent vom Grundsatz der wehrhaften Demokratie leiten lassen. Das Grundgesetz fußt auf einem antitotalitären Konsens und diesen gilt es zu wahren. Der Staat ist daher gehalten, sich effektiv und frühzeitig gegen extremistische Bestrebungen jeglicher Ausrichtung zu wehren – ob es sich dabei nun um islamistisch, rechts oder links motivierten Extremismus handelt.¹

IDEOLOGISCHE UNTERSCHIEDE RECHTS-/LINKSEXTREMISMUS

Der Linksextremismus in Deutschland gestaltet sich vielschichtig, in ideologischer wie struktureller Hinsicht. Die von ihm ausgehenden Gefahren sind nicht immer leicht zu erfassen. Das fängt bereits mit der ideengeschichtlichen Verortung an: So ist der gemeinsame ideologische Nenner bei Rechtsextremisten eine biologisch oder kulturell begründete menschliche Ungleichwertigkeit, die sich z.B. in Nationalismus oder Rassismus niederschlägt. Hier ist der menschenverachtende Gehalt für die meisten von uns auf Anhieb ersichtlich.

Während Rechtsextremisten im Kern eine Ideologie der Ungleichheit verteidigen, ist es bei Linksextremisten genau umgekehrt. Sie greifen, vereinfacht gesagt, die positiv besetzten Werte Freiheit und Gleichheit in radikaler Zuspitzung auf und wollen den Menschen aus Abhängigkeiten befreien. Das erschwert die inhaltliche Auseinandersetzung mit Linksextremisten. Denn es kommt darauf an, die inhumanen Konsequenzen ihres übersteigerten, vermeintlich positiven Gleichheitsbegriffs zu erkennen.

POTENZIALE UND TRENDS DES GEWALTBEREITEN LINKSEXTREMISMUS

Am ehesten sind die vom Linksextremismus ausgehenden Gefahren in seinem gewaltbereiten Segment zu erkennen. Das Potenzial ist bundesweit mit 6.300 Personen im Jahr 2007 gegenüber dem Vorjahr (6.000 Personen) leicht angewachsen.² (*Aktivisten linksextremistischer ausländischer Organisationen in Deutschland sind hier nicht erfasst.*)

Zu einem ganz großen Teil handelt es sich dabei um autonome Gruppen (bis zu 5.800 Personen). Diese bekämpfen in ihrem anarchistischen Verständnis jede Form von Hierarchie und staatlichen Strukturen. Linksautonome etikettieren ihre Aktionen gerne als „anti-globalistisch“, „anti-rassistisch“, „anti-militaristisch“ und „anti-faschistisch“. Damit erzielen sie Solidarisierungseffekte auch in das linksdemokratische Spektrum hinein. Tatsächlich aber nutzen Autonome diese Etikette, um ihre hasserfüllten Aktionen gegen unsere Rechts- und Staatsordnung – häufig gegen Polizisten selbst – zu legitimieren. Denn der Rechtsstaat, seine Institutionen und die Soziale Marktwirtschaft – aus linksextremer Sicht „das kapitalistische Herrschaftssystem“ – sind das eigentliche ideologische Angriffsziel.

ANSTIEG DER GEWALTDELIKTE

Zu welchem Gewaltpotenzial Linksautonome fähig sind, haben die Krawalle während des G8-Gipfels in Heiligendamm im Sommer 2007 auf drastische Weise gezeigt.³ Als Beispiel sei nur an die Ausschreitungen bei der Großkundgebung in Rostock am 2. Juni 2007 erinnert, als aus der Menge der weit überwiegend friedlichen Demonstranten massive Gewalttaten insbesondere gegen Polizeikräfte verübt wurden.

Auffallend sind die Zuwächse im Bereich der politisch motivierten Kriminalität – links: Hier ist für 2007 bundesweit ein Anstieg bei der Summe aller Straftaten um 9,4 % (auf 5.866; 2006: 5.363; 2005: 4.898), aber auch bei der Anzahl der Gewaltdelikte um 3,1 % (auf 1.247; 2006: 1.209; 2005: 1.240) festzustellen. Das waren die höchsten Werte seit Einführung des Definitionssystems im Jahr 2001, sowohl bei den Straftaten insgesamt als auch bei den Gewaltdelikten.

Vor allem politische Großereignisse wie der G8-Gipfel in Heiligendamm oder die deutsche Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft im ersten

Halbjahr 2007 wurden zum Anlass für linksextremistische Aktivitäten gewählt. Daneben war das Straftatenaufkommen bei Auseinandersetzungen mit der rechten Szene – wie schon in den Vorjahren – anhaltend hoch.

Besonders besorgniserregend ist in diesem Zusammenhang, dass mittlerweile rechtsgerichtete „autonome Nationalisten“ verschärft an Links-Rechts-Konfrontationen beteiligt sind. Sie orientieren sich in ihren Äußerlichkeiten, in ihrem aktionistischen Stil und in ihrem aggressiven Gewaltverhalten deutlich an linksautonomen Vorbildern. Vor allem Polizeikräfte werden damit verstärkt zur Zielscheibe gewalttätiger Akteure von links und rechts. Diese Entwicklung müssen wir sehr sorgfältig im Auge behalten, weil sie die Gefahr gegenseitiger Radikalisierung linker und rechter Extremisten in sich birgt.

TERRORISTISCHE ANSÄTZE – „MILITANTE GRUPPE“

Seit dem Niedergang der RAF haben wir es – glücklicherweise – nicht mehr mit gefestigten linksterroristischen Gruppen zu tun, die schwerste Anschläge bis hin zu Morden begehen. Gleichwohl gibt es in der linksautonomen Szene Akteure, die mit ihren Anschlagsaktivitäten die Grenze zu terroristischem Handeln überschreiten. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hält sogar die Bezeichnung „terroristisch operierende Kleingruppen“ für angebracht.⁴

Dazu gehört die vornehmlich im Raum Berlin/Brandenburg aktive „militante gruppe“, die seit 2001 25 Brandanschläge verübt hat. Angriffsziele waren unter anderem Polizei- und Ordnungsämter, aber auch Gerichte und Privatbetriebe. Menschen wurden bislang verschont. Das kann aber kein ernsthafter Grund zur Beruhigung sein. Gerade die jüngste Geschichte des deutschen Linksterrorismus zeigt: Der Weg vom Brandanschlag zum mörderischen Stadtguerilla-Konzept ist nicht weit. Seit Jahren ist die „militante gruppe“ bestrebt, eine Militanzdebatte in linksautonomen Kreisen anzuschleppen, die auf den Einsatz weitreichender „revolutionärer Gewalt“ zielt. Gegen mutmaßliche Aktivisten der Gruppe wurde im Juni 2008 Anklage vor dem Staatsschutzsenat des Berliner Kammergerichts erhoben. Es bleibt abzuwarten, ob damit die Gefahr terroristischer Ansätze im linksautonomen Spektrum gebannt ist.

Im Ergebnis stehen die Sicherheitsbehörden mit Blick auf den gewaltbereiten Linksextremismus vor drei ernst zu nehmenden Herausforderungen:

- Erstens: Das Personenpotenzial und die Militanz haben in den vergangenen Jahren zugenommen. Das gilt insbesondere für Großereignisse (z.B. G8-Gipfel), aber auch Links-Rechts-Konfrontationen. Schwerpunktbereich ist nach wie vor die linksautonome Szene.
- Zweitens: Teile des rechten Spektrums, die sogenannten „autonomen Nationalisten“, übernehmen das szenetypische Verhalten ihrer linken Gegner. Das hat Auswirkungen auf das Aggressionspotenzial bei Links-Rechts-Konfrontationen, vor allem gegenüber den Polizeikräften.
- Und drittens: Punktuell hat die Gewaltbereitschaft in linksautonomen Kreisen die Schwelle zu terroristischen Handlungen überschritten. Hier ist besondere Aufmerksamkeit gefordert, dass keine nachhaltigen terroristischen Strukturen entstehen. Diese gibt es glücklicherweise (noch) nicht.

Ich warne aber vor einer einseitig repressiven Herangehensweise. Bei der politisch motivierten Kriminalität-links haben wir es im Regelfall mit Heranwachsenden, jungen Erwachsenen und Jugendlichen zu tun. Dabei spielt sicher auch fehlgeleiteter Idealismus und Protestverhalten gegen gesellschaftliche Missstände eine nicht zu unterschätzende Rolle. Hier müssen wir stärker ansetzen, um junge Menschen vor dem Abdriften in extremistische Zusammenhänge zu bewahren. Vor allem müssen wir deutlich machen, dass die Akzeptanz von Gewaltlösungen in jeder Hinsicht ein Spiel mit dem Feuer ist. Und das fängt bereits bei der Gewalt gegen Sachen an. Wir stehen also – wie bei der Bekämpfung des Rechts-extremismus – vor einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe, die sich an Elternhäuser, Lehrer, Bildungseinrichtungen und Medien richtet.

DIE PARTEI „DIE LINKE“

Wenn wir den Blick auf den nicht-gewalttätigen Linksextremismus richten, so werden die damit verbundenen, oftmals unterschwelligen Gefahren unterschiedlich bewertet. In diesem Bereich gibt es einschlägige Kaderorganisationen, die unbestritten extremistisch sind und vom Verfassungsschutz in Bund und Ländern beobachtet werden. Dazu gehören z.B. die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) oder die „Rote Hilfe“. Komplexer ist die Angelegenheit bei der Partei DIE LINKE, die seit der

Fusion von WASG und PDS im Juni 2007 über knapp 71.000 Mitglieder verfügt.⁵ Sie ist im Bundestag und zahlreichen Landesparlamenten vertreten, darunter auch mit elf Abgeordneten im niedersächsischen Landtag (wenn man die mittlerweile fraktionslose Christel Wegner von der DKP dazu zählt).

Die Verfassungsschutzbehörden in Norddeutschland stufen die Beobachtung der Partei DIE LINKE unterschiedlich ein. Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und das Saarland verzichten auf eine Beobachtung. Bremen hat unlängst angekündigt, dass es die Beobachtung gänzlich einstellen will, während Hamburg künftig nur noch eine Teilbeobachtung anstrebt. Niedersachsen hält an einer Beobachtung der Partei DIE LINKE durch den Verfassungsschutz in vollem Umfang fest (wie es auch der Bund und zahlreiche andere Bundesländer weiterhin tun).

Die Eingriffsschwelle für eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz – auch mit nachrichtendienstlichen Mittel – ist gesetzlich klar festgelegt und damit verbindliche Richtschnur für unsere Innenpolitik. Demnach müssen „tatsächliche Anhaltspunkte“ (§ 5 Abs. 1 NVSchG) für extremistische Bestrebungen vorliegen.

Im Gesamtbild der Linkspartei – d.h. dem Zusammenspiel personeller, organisatorischer und programmatischer Faktoren, die für ihre Ausrichtung und ihr Auftreten in der Öffentlichkeit prägend sind – fallen drei markante Bereiche ins Auge:

- das aktive Engagement von orthodox-marxistischen Zirkeln in der Parteiorganisation auf Bundes- wie auf Landesebene;
- eine über den Parteirahmen hinausgehende Netzwerkpolitik, die auf linksextreme, teilweise gewaltbereite Gruppen im In- und Ausland zielt;
- eine mangelnde Trennschärfe in den programmatischen Kernpositionen gegenüber extremistischem Gedankengut.

EXTREMISTISCHE ZIRKEL IN DER LINKSPARTEI

Offen extremistische Kräfte sind keine vernachlässigbare Randerscheinung, sondern ein organisatorisch verfestigter Bestandteil der Parteistruktur. Zusammenschlüsse wie die Kommunistische Plattform (KPF),

der Geraer Dialog (GD), die Sozialistische Linke (SL), das Marxistische Forum (MF) oder die AG *Cuba Si* halten – teilweise explizit, teilweise verschlüsselt – an einem System überwindenden Ansatz fest. Immer wieder beziehen sie sich in ihrer Programmatik auf ideologische Kampfbegriffe, wie z.B. „Klasse“, „Klassenkampf“, „Rätedemokratie“. Das weist auf eine starke inhaltliche Nähe zum Marxismus-Leninismus hin.

Ihr gemeinsamer Angriffspunkt ist eine auf Freiheit und Privateigentum fußende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. So heißt es in den Mitteilungen der KPF vom August 2007 unverblümt: „Wir treten für einen Systemwechsel ein. Der Kapitalismus entblößt sein asoziales, weil ausbeuterisches, aggressives und kulturfeindliches Wesen täglich mehr. Letztlich muss er überwunden werden.“⁶

Diese und zahlreiche andere Verlautbarungen seitens der genannten Gruppen lassen eine bestimmte Zielrichtung erkennen: die Vergesellschaftung der privatwirtschaftlichen Produktivmittel durch eine staatlich gelenkte, sozialistische Planwirtschaft.

Lassen Sie mich an dieser Stelle einen Grundsatzbeitrag für die links orientierte Zeitschrift *offensiv* vom Juli 2005 anführen. Darin heißt es: Der Zweck der Linkspartei bestehe darin, ich zitiere, „schleunigst das Netz von Zirkeln [zu] weben, die in der Lage sind, in Europa den nach der Pariser Kommune und der russischen Oktoberrevolution dritten großen Anlauf zur Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden und Produktionsmitteln zu organisieren“.⁷ Ein solches sozialrevolutionäres Vorhaben richtet sich klar gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung.⁸ Insbesondere wären zentrale Grundrechte wie z.B. das Recht auf Eigentum, die Unternehmer- und Gewerbefreiheit beseitigt, so wie es für nahezu alle kommunistischen Regime im 20. Jahrhundert bezeichnend war.

Der genannte Beitrag vom Juli 2005 stammt nicht von irgendjemandem, sondern aus der Feder von Dr. Manfred Sohn. Von ihm gibt es noch eine Reihe ganz ähnlich lautender Äußerungen aus den letzten Jahren. Herr Sohn hat eine erstaunliche Karriere hingelegt. Bis 2000 gehörte er der Kaderorganisation DKP an, auch als leitender Funktionär. Nach seinem Wechsel zur Linkspartei wirkte er noch im Jahr 2007 aktiv im „Marxistischen Forum Niedersachsen“ mit, das zu den orthodoxen Zirkeln in der Partei gehört. Jetzt ist er Vorsitzender der Linksfraktion im niedersächsischen Landtag und kann mit Sicherheit zu einem einflussreichen Vor-

denker seiner Partei gerechnet werden. Damit bin ich bei einem entscheidenden Punkt, der gerne herunter gespielt wird: Bei den offen extremistischen Gruppen innerhalb der Partei DIE LINKE zählt weniger die personelle Stärke⁹, sondern vielmehr die Fähigkeit, sich in Netzwerken zu organisieren und auf den Willensbildungsprozess der Partei gezielt einzuwirken. So demonstrierte z.B. die KPF zuletzt ihren innerparteilichen Einfluss, als sie mit Hilfe einer Unterschriftensammlung den Bundesvorstand zwang, sich von den PDS-Abgeordneten zu distanzieren, die im Februar 2006 der Kuba-Resolution des Europäischen Parlaments zugestimmt hatten. Die Resolution hatte die Menschenrechtsverletzungen des sozialistischen Regimes in Kuba kritisiert.

Die Kommunistische Plattform, das Marxistische Forum und andere Extremisten können auf der Grundlage von Programm und Statut der Partei aktiv in der Parteiorganisation wirken. Sie erhalten per Satzung spezielle Rechte und finanzielle Unterstützung. Auf diese Weise stehen den extremistischen Zusammenschlüssen vielfältige Einflusskanäle zur Verfügung. Sie nutzen intensiv die Infra- und Kommunikationsstruktur der Partei – vor allem via Internet – zur Verbreitung ihrer verfassungsfeindlichen Ziele. Und es ist kein Zufall, dass regelmäßig auch prominente Linksextremisten wie die KPF-Sprecherin und Europaabgeordnete Sarah Wagenknecht führende Parteifunktionen bekleiden.¹⁰

Festzuhalten ist: Die Parteiführung zeigt kein Interesse, sich von den „Orthodoxen“ zu lösen. Sie inkorporiert diese offen extremistischen Kräfte, weil sie deren Bindungskraft in das alte SED-Milieu,¹¹ aber auch in das ultralinke Milieu in Westdeutschland gezielt nutzen will.

Dass die Spitze der Bundespartei trotz mancher verbaler Distanzierung auf diese Strömungen keineswegs verzichten will, hat ihr Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch in seiner Kritik am aktuellen Verfassungsschutzbericht des Bundes bekräftigt. Er sagte: „Wir lassen uns nicht auseinanderdividieren“. Intern werde zwar Kritik an bestimmten Positionen geäußert. Aber – so Bartsch weiter – auch die Kommunistische Plattform habe sich wie die gesamte Partei zum Grundgesetz bekannt und arbeite nicht gegen die Verfassung.¹²

Dazu kann ich nur sagen: Wer als Bundesgeschäftsführer der Linkspartei der Kommunistischen Plattform Verfassungstreue attestiert, dessen politisches Koordinatensystem ist offensichtlich aus den Fugen geraten!

Eines sollten wir klar im Blick haben: Die Divergenzen innerhalb der Partei DIE LINKE zwischen sogenannten „Modernisierern“ und „Orthodoxen“ gibt es, aber wir dürfen sie nicht überbewerten. Im Gegenteil – DIE LINKE bezieht ihre Schlagkraft aus verschiedenen Milieus. Und sie ist dabei auf die offen extremistischen Kräfte angewiesen; nur so kann sie einen maßgeblichen Teil ihrer Anhängerbasis sichern. Die KPF und andere sind keine Außenseiter, sondern „Fleisch vom Fleische“ der Linkspartei.

LINKSEXTREME NETZWERKPOLITIK

In dieses Bild passt, dass DIE LINKE über den Parteirahmen hinaus Netzwerke mit linksextremen Gruppen knüpft. Dies geschieht auf vielfältige Weise, von aktionsbezogenen Bündnissen (Beispiel „ANTIFA-Kampf“), bis hin zu strategischen, wahlkampfbezogenen Allianzen (Beispiel DKP). Niedersachsen liefert für diese linksextreme Netzwerkpolitik eindringliche Beispiele.

EINFLUSS VON DKP-KADERN

Die Presse hat ausführlich die Kandidatur von aktiven und ehemaligen Kadern der DKP auf Wahllisten der niedersächsischen Linkspartei während der Landtagswahl 2008 thematisiert. Ziel dieser Allianz war es, eine Zersplitterung der Stimmen im linken Wählerspektrum zu verhindern. Und so konnte eine extremistische Kaderorganisation wie die DKP quasi „per Huckepack“ den Sprung ins Landesparlament schaffen.¹³ Erst nachdem die Linksabgeordnete Christel Wegner von der DKP offen gefordert hatte, die Stasi wieder einzuführen,¹⁴ musste sich DIE LINKE von ihrem Zögling DKP distanzieren.

Mit sehr knapper Mehrheit – und gegen den ausdrücklichen Willen des Landesvorsitzenden Dieter Dehm – hat die Niedersachsen-LINKE auf ihrem Parteitag im April 2008 die Kandidatur von Mitgliedern anderer Parteien auf ihren Wahllisten ausgeschlossen. Ob das der Beginn einer überzeugenden Selbstreinigung ist, bezweifle ich stark. Allein im niedersächsischen Landtag hat die Hälfte der Linksabgeordneten einen extremistischen Hintergrund, das heißt: Sie unterstützen offen extremistische Zirkel innerhalb ihrer Partei oder vertreten die Interessen verfassungsfeindlicher Organisationen wie z.B. der „Roten Hilfe“.

SCHULTERSCHLUSS MIT „ROTER HILFE“

Zu dieser Organisation, die immerhin 4.300 Mitglieder zählt, sei mir folgender Hinweis gestattet: Die „Rote Hilfe“ ist keine selbstlose „caritative Vereinigung“ für einsame Gefangene, wie Vertreter der Linkspartei immer wieder kolportieren, sondern eine unbelehrbare extremistische Gruppierung. Sie verklärt den Terrorismus der RAF und diffamiert unseren Staat als „Repressionsapparat“.

Wenn die Linksfraktion im hessischen Landtag die „Rote Hilfe“ sogar zur Anhörung des Polizeigesetzes in den Landtag einlädt,¹⁵ dann zeigen ihre Abgeordneten damit, wie gering sie den demokratischen Rechtsstaat achten. Und es sollte eine Warnung an alle Demokraten sein, mit welchem Ausmaß linksextremer Netzwerkpolitik wir es in westdeutschen Ländern wie Hessen und Niedersachsen zu tun haben.

Für mich ist klar: DIE LINKE in Niedersachsen will sich von dem extremistisch beeinflussten Personal in ihren Reihen niemals ernsthaft trennen. Denn das wäre für sie ein personeller Aderlass, der sie in ihrer politisch-parlamentarischen Handlungsfähigkeit ernsthaft bedrohen würde. Dafür steht auch die – entgegen allen öffentlichen Bekundungen – fortgesetzte Zusammenarbeit mit der fraktionslosen DKP-Abgeordneten Christel Wegner.¹⁶

KONTAKTE MIT LINKSAUTONOMEN

Die unheilvolle Verbindung mit Verfassungsfeinden zeigt sich auch auf anderem Gebiet: der Unterstützung linksautonomer Kreise durch Akteure der Partei DIE LINKE. Der Linksabgeordnete Patrick-Marc Humcke-Focks hat in der Landtagsdebatte am 9. Mai 2008 durch Zuruf ausdrücklich bestätigt, dass Mitglieder seiner Partei als Anmelder von Versammlungen mit überwiegender Beteiligung von Autonomen fungieren. Das kann man im Protokoll schwarz auf weiß nachlesen.¹⁷

Wie ich bereits erläutert habe, legen linksautonome Gruppen vielfach eine hohe Gewaltbereitschaft an den Tag. Wenn Akteure der Partei DIE LINKE ihre Kontakte zu autonomen Kreisen nicht kappen, sich sogar als Anmelder von entsprechenden Versammlungen einspannen lassen, dann ist der Verfassungsschutz als Frühwarnsystem unerlässlich. Alles andere wäre hochgradig fahrlässig!

KONTAKTE ZU AUSLÄNDISCHEN EXTREMISTEN

Besonders besorgniserregend ist, dass die linke Netzwerk-Politik sogar militante ausländische Gruppen einbezieht. Im Nachrichtenmagazin *DER SPIEGEL*¹⁸ wurde im Mai 2008 ein brisanter Fall geschildert, der DIE LINKE auf Bundesebene betrifft. Ich will diesen darstellen, weil er eindringlich zeigt, wie stark Teile der Partei mit gefährlichen Extremisten im Ausland sympathisieren.

DAS BEISPIEL FARC

Die linksgerichtete Terrorgruppe FARC¹⁹ aus Kolumbien macht immer wieder durch spektakuläre Geiselnahmen, Drogenhandel und die Rekrutierung von Kindersoldaten Schlagzeilen. Die FARC ist momentan deutlich geschwächt, aber noch nicht besiegt. Sie konnte – jedenfalls bis Sommer 2007 – auf ein breites Unterstützernetz in Deutschland zählen, das bis in Partei DIE LINKE reicht. Laut *SPIEGEL*-Bericht haben die kolumbianischen Behörden auf den Laptops eines hochrangigen, im Gefecht getöteten FARC-Kommandeurs E-Mails entschlüsselt, die Folgendes belegen: Ein Geheimemissär der Terrorgruppe hat sich Anfang 2005 mit dem PDS-Politiker Wolfgang Gehrcke getroffen.

In den Gesprächen habe Gehrcke vorgeschlagen, die Linkspartei/PDS im Europaparlament könnte sich dafür einsetzen, die FARC von der Liste der terroristischen Organisationen der EU zu streichen. Gehrcke, ein ehemaliger DKP-Aktivist, ist mittlerweile außenpolitischer Sprecher für die Linksfraktion im Bundestag. Und knapp ein Jahr ist es her – im Juni 2007 –, dass die Linksfraktion einen Antrag zur Streichung der FARC von der Terrorliste der EU gestellt hat. Da schließt sich der Kreis!

Als Innenminister möchte ich klarstellen: Wenn sich Geheimemissäre einer berüchtigten südamerikanischen Terrorgruppe mit Abgeordneten der Linkspartei/PDS – jetzt DIE LINKE – treffen und gemeinsame Kampagnen planen, dann hat das für die außen- und sicherheitspolitische Interessenlage unseres Landes eine fatale Wirkung. Auch deshalb können wir auf die Beobachtung einer solchen Partei nicht verzichten – weder auf Bundes- noch auf Länderebene!

UNTERSTÜTZUNG VON DIKTATUREN IN LATEINAMERIKA

Hier geht es nicht um Einzelfälle, sondern um ein breites Unterstützernetz. Denn laut *SPIEGEL*-Bericht hat sich seinerzeit auch die Lateinamerika-Arbeitsgruppe der PDS dazu verpflichtet, eine Solidaritätskampagne für einen wegen Drogenhandels an die USA ausgelieferten FARC-Kommandeur zu starten. In dieses Bild passt, dass DIE LINKE eine aktive Solidaritätsarbeit für autoritär-sozialistische Staaten wie Kuba und Venezuela betreibt.²⁰

Die Parteiführung steht ausdrücklich hinter diesem außenpolitischen Kurs – ich zitiere aus der Rede des Parteivorsitzenden Oskar Lafontaine auf dem Fusionsparteitag am 16. Juni 2007: „Wir wollen mitwirken am Aufbau des Sozialismus des 21. Jahrhunderts und unterstützen die Sozialismus-Versuche in Südamerika. (...) Wir laden alle diejenigen ein, die am Aufbau des demokratischen Sozialismus mitwirken wollen. Jawohl, es heißt nicht Freiheit statt Sozialismus, es heißt Freiheit und Sozialismus, besser noch: Freiheit durch Sozialismus! Das ist die Formel, hinter der wir uns versammeln!“²¹

Ich kann nur sagen: Eine Partei, die beim „Aufbau des demokratischen Sozialismus“ auf zweifelhafte Regime wie Kuba, Venezuela und Bolivien setzt, die hat ein gestörtes Verhältnis zu den Menschenrechten und damit zum Kern unserer Verfassung.

FORDERUNG NACH AUFHEBUNG DES PKK-VERBOTS

Die Sympathien für ausländische Extremisten beschränken sich keineswegs auf Lateinamerika. So leistet das Bundestagsbüro von Ulla Jelpke, immerhin innenpolitische Sprecherin für die Linksfraktion im Bundestag, Propagandahilfe für die verbotene kurdische PKK²² – ebenfalls eine militante Gruppe, die durch Anschläge, Entführungen und kriminelle Geschäfte von sich reden macht. Es verwundert daher nicht, dass die Linksfraktion im Bundestag in einem Antrag vom Juni dieses Jahres die Aufhebung des PKK-Verbotes fordern wollte. Sie zog den Antrag erst nach der Entführung von drei deutschen Touristen durch die PKK am Berg Ararat zurück.

DER JUGENDVERBAND „DIE LINKSJUGEND [!solid]“

Zum engeren Umfeld der Partei DIE LINKE zählt ihr Jugendverband, die Linksjugend [!solid].²³ Bundessprecher war bis Anfang April dieses Jahres Victor Perli, jetzt Abgeordneter der Linksfraktion im niedersächsischen Landtag. [!solid] versteht sich als Organisation, die „kritisch-solidarisch mit der Partei DIE LINKE²⁴ zusammen arbeitet. Auf ihrem Gründungs-parteitag hat DIE LINKE [!solid] im Juni 2007 als Jugendorganisation anerkannt. Es liegt auf der Hand, dass sich auch DIE LINKE die im Programm von [!solid] fixierten Grundsätze zurechnen lassen muss.

ANTIPARLAMENTARISCHE REFLEXE

Ich zitiere wörtlich aus dem aktuellen Programm der Linksjugend vom April 2008:²⁵

„Als SozialistInnen, KommunistInnen, AnarchistInnen kämpfen wir für eine libertäre, klassenlose Gesellschaft jenseits von Kapitalismus, Rassismus und Patriarchat.“

„Wir wollen die Bühne des Parlamentarismus für den Kampf um eine gerechtere Welt nutzen, aber uns nicht der Illusion hingeben, dass dort der zentrale Raum für reale Veränderungen sei.“

Die Verachtung unserer parlamentarischen Demokratie durch die Linksjugend ist integraler Bestandteil ihrer Programmatik.

KEINE ABGRENZUNG ZU LINKSMILITANTEN KREISEN

Der Linksjugend geht es nicht darum, innerhalb unserer Rechts- und Werteordnung für Veränderungen und Reformen zu werben. Nein, es geht darum, das bestehende System zu demontieren. Ganz unverhohlen fordert [!solid] im aktuellen Programm einen „grundsätzlichen Systemwechsel“ (sogar die Mutterpartei DIE LINKE spricht „nur“ von „Systemwechsel“).

Die Jugendorganisation will – ich zitiere aus dem Programm – „keine uniforme Gruppe sein, unsere Vielfalt ist unsere Stärke“. Das schließt den Schulterschluss mit extremistischen Kräften selbstverständlich ein. Das ideologische Kampfvokabular von [!solid] spricht für sich. Da ist die Rede

von einer „klassenlosen Gesellschaft“, von „Arbeiterklasse“ von „Kampf“ und „Widerstand“, „Reform und Revolution bilden keinen Widerspruch“. Der Kapitalismus soll natürlich „zerstört“ werden. Das Wort „radikal“ taucht an mehreren Stellen auf. Und schließlich: „Bildet Banden! Heißt unser Konzept.“

Lassen wir uns nicht täuschen: Hier geht es nicht um eine harmlose Spielwiese von einigen jugendlichen Rebellen und verwirrten Teenagern. Hier geht es um das zentrale Dokument der Jugendorganisation einer Partei, die von sich behauptet, sie stehe auf dem Boden des Grundgesetzes. Die Wortwahl von [!solid] ist verräterisch. Sie spricht Gruppen an, die mit unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung nichts im Sinn haben, sondern sie vehement bekämpfen.

[!solid] zieht die politische Auseinandersetzung auf der Straße – auch mit Gewalt – als Alternative zum Parlamentarismus ins Kalkül. Wir als Demokraten müssen ein klares Bekenntnis zur Gewaltfreiheit einfordern. Solange dieses Bekenntnis nicht abgegeben wird, solange DIE LINKE sich mit [!solid] eine Nachwuchsorganisation bereit hält, die sich auch mit militanten Gruppen solidarisch zeigt, solange besteht Anlass für eine genaueres Hinschauen.

VERFASSUNG UND WIRTSCHAFTSORDNUNG

Es wird immer wieder vehement von allen Abgeordneten der Partei DIE LINKE behauptet, dass ihre angestrebte Wirtschaftsordnung sich in den Bahnen des Grundgesetzes bewege. Wer dies in Zweifel ziehe und das propagierte Wirtschaftssystem zum Anlass für eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz nehme, der missbrauche den Verfassungsschutz politisch.

Nur auf den ersten Blick stimmt die Aussage, dass Grundgesetz gebe keiner bestimmten Wirtschaftsordnung den Vorzug. Tatsächlich gibt es keinen Vorrang der sozialen Marktwirtschaft. Umgekehrt kann aber aus Artikel 15 Grundgesetz oder aus dem Sozialstaatsprinzip auch nicht ein staatlicher Auftrag zur Sozialisierung abgeleitet werden. Die Verfassung zieht Grenzen, deren Nichtbeachtung Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen bieten können.

So stehen die im Grundgesetz verankerten Freiheitsrechte – insbesondere die Berufs-, Gewerbe-, Unternehmerfreiheit, das Recht auf freie Wahl des Arbeitsplatzes, die Koalitionsfreiheit und die allgemeine Handlungsfreiheit – in Verbindung mit der Eigentumsgarantie einer zentral gelenkten Planwirtschaft klar entgegen. Zudem würde eine solche Wirtschaftsordnung die föderale Struktur unserer Verfassung aushebeln.

Gemessen an diesen Grundsätzen ist das Programm der Linksjugend durchsetzt von verfassungsfeindlichen Forderungen. Unverblümt kommt hier zum Ausdruck, was führende Parteifunktionäre bei den LINKEN jederzeit aus taktischen Gründen bestreiten würden. [solid] geht es nicht nur um eine Verstaatlichung von Schlüsselindustrien. Das alles wäre wohl unter Artikel 15 Grundgesetz subsumierbar – wohlgemerkt nur gegen Entschädigung.

Im Programm der Linksjugend geht es um weitaus mehr. Hinter dem wolkigen Etikett „demokratisch geführte Wirtschaft“ steckt in Wahrheit ein Programm zur flächendeckenden Enteignung. Ich zitiere einige Passagen: „Das Privateigentum an Produktionsmitteln gilt es abzuschaffen – die Verfügungsgewalt über selbige muss eine gesellschaftliche sein.“ Und weiter: „Wir verstehen diese Verstaatlichung einzelner Betriebe als ersten Schritt hin zu einer demokratisch geführten Wirtschaft mit gesamtgesellschaftlichem Produktionsplan.“ Und ein paar Sätze vorher steht zu lesen: „Wir denken, dass jede Arbeit, die gesellschaftlich notwendig ist, auch gesellschaftlich organisiert und entsprechend bezahlt werden sollte. Wir denken dabei sowohl an die Produktion von Gütern, Dienstleistungen aber auch Wäsche waschen, kochen, Arbeit mit Kindern und Jugendlichen und vieles mehr.“

Man kann über diese ideologische Verbohrtheit lächeln und sie als jugendlichen Übermut abtun, wenn uns nicht die Diktatur-Erfahrung des letzten Jahrhunderts präsent wäre. Denn auf dem Nährboden solcher gefährlichen Ideen haben nahezu alle kommunistischen Regime ihre Volkswirtschaften ruiniert, ihre Gesellschaften zugrunde gerichtet und die Menschenrechte mit Füßen getreten. Diese schmerzvolle Erfahrung aus der Geschichte mit linksgerichteten Diktaturen, nicht zuletzt der DDR, dürfen wir niemals vergessen! Für mich ist klar: Eine Partei, die sich mit [solid] ein Nachwuchsreservoir bereit hält, in dem extremistische Positionen hoffähig gemacht werden und der Hass gegen bestimmte soziale Schichten geschürt wird, eine solche Partei muss sich die Frage gefallen lassen, ob sie innerhalb des Verfassungsspektrums steht.

FREIHEITSFEINDLICHE ANSATZPUNKTE IN DER PARTEI-PROGRAMMATIK

Schon aus dem bislang Geschilderten wird deutlich: DIE LINKE fungiert als eine Strömungspartei für sozialistische Gruppen und Personen, die sich – mit unterschiedlicher Radikalität – gegen die bestehenden politischen und sozioökonomischen Verhältnisse in Deutschland wenden. Darüber hinaus ist sie bestrebt, enttäuschte SPD-Anhänger und Gewerkschafter „einzusammeln“. Infolgedessen ist das Profil der Partei hochgradig schillernd und darauf angelegt, ein breites Spektrum abzudecken: von „Steinzeitmarxisten“ bis hin zu Kräften des linken SPD-Flügels.

Eine ausführliche Untersuchung der programmatischen Inhalte der Partei DIE LINKE und ihres Vorläufers Linkspartei/PDS, die eine Arbeitsgruppe des Bundes und der Länder vorgenommen hat, kommt zu dem Ergebnis: DIE LINKE verfolgt im wesentlichen die gleichen Ziele wie die aus der SED hervorgegangene PDS. Daran hat die Fusion von WASG²⁶ und Linkspartei/PDS im Juni 2007 wenig geändert. Ein verbindliches neues Parteiprogramm existiert noch nicht. Mit den „programmatischen Eckpunkten“ (Eckpunkt Papier) vom März 2007 liegt aber ein provisorisches Parteiprogramm vor, das an Formulierungen und strategische Vorstellungen früherer Dokumente der PDS nahtlos anknüpft.²⁷

SCHULTERSCHLUSS MIT AUSSERPARLAMENTARISCHEN KRÄFTEN

Das Eckpunkt Papier der Linkspartei verzichtet zwar weitgehend auf eine abschreckende Revolutionsrhetorik. Gleichzeitig ist aber eine mangelnde Trennschärfe gegenüber linksextremen Positionen deutlich spürbar. Vor allem sticht immer wieder eines ins Auge: die Verknüpfung von parlamentarischer Opposition, außerparlamentarischem Widerstand sowie „Überwindung des Kapitalismus“ (synonym: „Neoliberalismus“). Das ist – bei genauer Betrachtung – die strategische Richtschnur, die wie ein roter Faden das Eckpunkt Papier durchzieht.

So heißt es zum Punkt „außerparlamentarische und parlamentarische Arbeit“, ich zitiere: „Wir werden Bürgerinnen und Bürger gegen Machtbestrebungen der herrschenden Klasse [!] mobilisieren und uns für eine neue Sammlungsbewegung einsetzen. Politische Kämpfe und Wahlen dienen uns dazu, unsere alternativen Reformprojekte zu vertreten und Mehrheiten für ihre Durchsetzung zu gewinnen. Die parlamentarische

Arbeit werden wir so gestalten, dass sie der Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Kräften der Linken [!], ... der Entwicklung neuer gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und politischer Mehrheiten dient.“ Hier wird – teils offen, teils verklausuliert – der Schulterschluss mit Kräften einkalkuliert, die sich auch außerhalb des Verfassungsspektrums bewegen („außerparlamentarische Kräfte der Linken“; „neue Sammlungsbewegung“). Hier wird bewusst mit Begriffen aus dem revolutionär-marxistischen Repertoire („Machtbestrebungen der herrschenden Klasse“) operiert, um auch das linksextreme Milieu zu mobilisieren.

Ich könnte Ihnen eine ganze Reihe ähnlicher Formulierungen auflisten, die nur einen Schluss zulassen: das Eckpunktepapier zieht keine trennscharfe Barriere gegen eine verfassungsfeindliche Ausrichtung der Partei DIE LINKE.

„TRANSFORMATION DES KAPITALISMUS“

Vor diesem Hintergrund muss man die Frage an DIE LINKE richten: Was bezweckt das Leitprinzip vom „demokratischen Sozialismus“, der ausweislich der programmatischen Eckpunkte – ich zitiere – „den Kapitalismus in einem transformatorischen Prozess überwinden will“?²⁸ An anderer Stelle ist die Rede vom Einsatz für einen „neuen Anlauf gesellschaftlicher Transformation [...], der über den Kapitalismus hinausweist und ihn überwindet.“ „Transformation“ ist ein nie endender, dynamischer, quasi-revolutionärer Veränderungsprozess – und das ist der springende Punkt! Mit solchen oszillierenden Begriffen entstehen Einfallstore für extremistisches Gedankengut, die an der Substanz unserer Rechts- und Staatsordnung rühren.

„DEMOKRATISIERUNG DER WIRTSCHAFT“

So eröffnet DIE LINKE unter dem Deckmantel einer „Demokratisierung der Wirtschaft“ staatliche Zugriffs- und Regulierungsmöglichkeiten, die faktisch zentrale Grund- und Freiheitsrechte wie das Recht auf Eigentum, die Unternehmer- und Gewerbefreiheit aushöhlen würden. Ich zitiere aus dem Eckpunktepapier: „Die Demokratisierung der Wirtschaft erfordert, die Verfügungsgewalt über alle Formen des Eigentums sozialen Maßstäben unterzuordnen. Vor allem die profitbestimmte private Verfügung über strukturbestimmende Großunternehmen muss durch breite demokratische Allianzen, Mitbestimmung und sozialstaatliche Regulierung

zurückgedrängt und überwunden werden, wo sie dem Gemeinwohl widerspricht“.

Ist damit auch eine willkürliche Verstaatlichung von Unternehmen ohne Entschädigung gemeint? Der Parteivorsitzende Oskar Lafontaine hat jedenfalls unlängst sehr deutlich erklärt, dass Familienunternehmen mit Milliardenvermögen „rückenteignet“ werden müssten.²⁹ Man kann wohl davon ausgehen, dass er eine entschädigungslose (verfassungswidrige) Enteignung meint. Dieser argumentative Trick – „Enteignet die Enteigner!“ – gehört seit jeher ins Arsenal sozialistischer Rhetorik. Damit werden unterschwellige Neidgefühle geweckt, gleichzeitig aber – und das ist das Gefährliche – das Recht auf Eigentum, die Unternehmer- und Gewerbefreiheit diffamiert. Und wer stellt sicher, dass Herr Lafontaine nicht nur Milliardenvermögen meint?

Im Ergebnis drängt sich der Eindruck auf, dass der Verweis auf Artikel 14, 15 Grundgesetz in den programmatischen Eckpunkten nur eine beschwichtigende Funktion hat. Die Verfassung wird als Fassade benutzt, um unter dem Deckmantel „Demokratisierung der Wirtschaft“ Grundrechte eben dieser Verfassung zur Disposition zu stellen – das ist ein Meisterstück ideologischer Camouflage!

Daraus kann ich, was das Gesellschaftsbild der Linkspartei betrifft, nur einen Schluss ziehen: Ihr Ansatz ist letztlich nicht das selbstverantwortliche, freie Individuum, sondern der bevormundende Staat, der kollektivistischen Kategorien verhaftet ist.

FAZIT LINKSPARTEI

Als Fazit halte ich fest:

- DIE LINKE ist eine Strömungspartei mit multiplen Identitäten. Ihr „reformistischer“ (nicht zwangsläufig verfassungsfeindlicher) Flügel spricht vor allem enttäuschte Wähler der SPD und das Gewerkschaftsmilieu an. Die offen extremistischen Teile sind personell eine Minderheit, aber trotzdem ein integrativer Bestandteil der Parteistruktur. Sie sollen vor allem das mitgliederstarke alte SED-Milieu und ultralinke Wähler im Westen abdecken. Deshalb will sich die Parteispitze von diesen Gruppen nicht trennen.

- DIE LINKE will ihren Einfluss in außerparlamentarischen Gruppen gezielt stärken. Sie solidarisiert sich dabei mit linken Gruppen, die wie beispielsweise die „Rote Hilfe“ eindeutig verfassungsfeindliche Ziele verfolgen. Auch und gerade der niedersächsische Landesverband vertritt diesen Netzwerk-Ansatz.
- DIE LINKE hält sich mit [solid] einen Jugendverband, der explizit einen „grundsätzlichen Systemwechsel“ fordert, die parlamentarische Demokratie in Frage stellt und den Schulterchluss mit anderen extremistischen Gruppen sucht.
- DIE LINKE steht für eine schillernde Programmatik. Sie verzichtet zwar in ihren aktuell geltenden „Programmatischen Eckpunkten“ weitgehend auf ein allzu aggressives Klassenkampf-Vokabular. Aber eine trennscharfe Abgrenzungslinie gegenüber extremistischen Positionen ist nicht erkennbar. Dies erhärten auch Äußerungen Ihres Führungspersonals zum Wirtschaftssystem. Mit ihrem „smarten Extremismus“ kann DIE LINKE eine große Bandbreite von Positionen abdecken, vom linksdemokratischen Spektrum bis hin zum linksextremen Milieu.

Somit liefert das Gesamtbild der Partei zahlreiche Anhaltspunkte für eine verfassungsfeindliche Bestrebung – mal offensichtlich, mal unterschwellig. Die Beobachtung der Partei DIE LINKE durch den niedersächsischen Verfassungsschutz ist daher unerlässlich. Nur so können wir einschätzen, in welche Richtung die weitere Entwicklung der Partei geht, ob sie willens und fähig ist, sich mit den Werten und Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates auszusöhnen. Richtig ist: DIE LINKE ist mittlerweile in zahlreichen Parlamenten vertreten. Sie wird auch in kommenden Wahlen ihren Einfluss ausbauen und für sich in Anspruch nehmen, als demokratisch legitimierte Kraft verbiete sich ihre Beobachtung durch den Verfassungsschutz. Dazu sage ich allerdings: Ein Sitz im Landtag oder im Bundestag ist kein Blankoscheck für Verfassungstreue!

AUFKLÄRUNG UND PRÄVENTION STÄRKEN

Wehrhafte Demokratie ist aber nicht nur eine Aufgabe des Verfassungsschutzes. Sie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, nicht zuletzt ein Bildungsauftrag. Wir dürfen die Aufklärungsarbeit im Bereich Linksextremismus nicht vernachlässigen. Hier gibt es klar Nachholbedarf. Es stimmt nachdenklich, dass Umfragen gerade bei jungen Menschen eine zunehmende Unkenntnis der historischen Zusammenhänge und Gefahren des politischen Extremismus belegen. Das betrifft beispielsweise den Terroris-

mus der RAF, der von Mythen und falscher Revolutionsromantik umrankt ist. Das betrifft noch mehr die Menschenrechtsverletzungen der SED-Diktatur. Sie geraten in Teilen der Öffentlichkeit und der jüngeren Generation immer stärker in Vergessenheit. Teilweise dominiert sogar das Bild einer freundlichen Sozialstaatsutopie und „Kuscheldiktatur“ der DDR. Hier müssen wir durch Aufklärung informieren, Verharmlosungstendenzen konsequent entgegenzutreten und für unseren demokratischen Rechtsstaat aktiv Überzeugungsarbeit leisten. Alle Demokraten sind hier gefordert. Nur gemeinsam können wir den antitotalitären Konsens des Grundgesetzes nachhaltig stärken.

- 1| *Extremistische bzw. verfassungsfeindliche Bestrebungen sind alle von Personenzusammenschlüssen ausgehenden, politisch bestimmten Aktivitäten, die insbes. gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung (fdGO) oder einzelne ihrer Grundsätze gerichtet sind. Zur fdGO (§ 4 Abs.3 NVSchG) zählen: die im GG konkretisierten Grund- bzw. Menschenrechte; die Gewaltenteilung; die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung; die Unabhängigkeit der Gerichte; die Volkssouveränität in Gestalt der parlamentarischen Demokratie; die Verantwortlichkeit der Regierung; das Mehrparteienprinzip; das Recht auf Bildung und Ausübung einer Opposition.*
- 2| *Für 2002-05 bewegte sich das Personenpotenzial bei konstant rd. 5.500.*
- 3| *Aus NI wurden sieben Personen festgenommen und 934 Personen in Gewahrsam genommen (BT-Drs. 16/5885, S. 3).*
- 4| *VS-Bericht Bund 2007 (Online-Fassung), S. 131.*
- 5| *DIE LINKE hat ihre Wurzeln in der Linkspartei/PDS, die nach mehreren Umbenennungen aus der früheren Staats- und Regierungspartei der DDR (SED) hervorgegangen ist. Am 16.06.2007 änderte die Linkspartei/PDS ihren Namen in DIE LINKE, nachdem die Fusion der Linkspartei/PDS und der Partei Arbeit & Soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG) in einem Verschmelzungsvertrag geregelt wurde. Nachfolgend wird im Regelfall die Bezeichnung DIE LINKE verwendet.*
- 6| *VS-Bericht Bund 2007 (Online-Fassung), S. 137.*
- 7| *offensiv. Zeitschrift für Sozialismus und Frieden, Aug. Juli/August 2005.*
- 8| *Zur fdGO (§ 4 Abs.3 NVSchG) zählen: die im GG konkretisierten Grund- bzw. Menschenrechte; die Gewaltenteilung; die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung; die Unabhängigkeit der Gerichte; die Volkssouveränität in Gestalt der parlamentarischen Demokratie; die Verantwortlichkeit der Regierung; das Mehrparteienprinzip; das Recht auf Bildung und Ausübung einer Opposition.*
- 9| *Nach Angaben des BfV zusammen rd. 1.990 Mitglieder.*
- 10| *Sahrah Wagenknecht ist beim Bundesparteitag der LINKEN in Cottbus am 24./25.05.2008 mit dem besten Ergebnis der Frauen in den erweiterten Vorstand gewählt worden. Die Europaabgeordnete erhielt bei der Wahl 70,5 % (Meldung dpa vom 25.05.2008).*
- 11| *Das Potenzial „alter“ SED-Mitglieder in der Partei DIE LINKE soll bei 55.000 von insgesamt knapp 71.000 Mitgliedern, Stand 07/2007, liegen (VS-Bericht Bund 2007, S. 135).*

- 12| *Meldung dpa vom 15.05.2008.*
- 13| *Für NI: MdL Wegner, aktives Mitglied (mittlerweile fraktionslos); MdL Adler, Ex-Mitglied; MdL Sohn, Ex-Mitglied und 20 Jahre lang leitender Funktionär.*
- 14| *Interview Panorama, 14.02.2008.*
- 15| *FAZ, 21.08.2008; 22.08.2008.*
- 16| *Hinweis im Halbjahresbericht 2008 des Linksfraktionsvors. Dr. Sohn, online: http://linksfraktion-niedersachsen.links-cms.de/politik/aktuell/die_apo_entscheidet/*
- 17| *Stenografischer Bericht für die 16. WP, 7. Plenarsitzung vom 09.05.2008, S. 623.*
- 18| *Ausg. 22/2008, S. 15.*
- 19| *FARC = Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens).*
- 20| *Insbes. durch die Arbeitsgemeinschaft „Cuba Si“, die ca. 420 Mitglieder umfasst (VS-Bericht Bund 2007, S. 140).*
- 21| *VS-Bericht BY 2007 (Online-Fassung), S. 157.*
- 22| *FOCUS-Online, 18.08.2008; SPIEGEL-Online, 31.08.2008.*
- 23| *[solid] steht für sozialistisch, links, demokratisch; die „Neugründung“ des Verbandes erfolgte im Mai 2007, parallel zur Fusion von PDS und WASG. Im November 2007 hatte [solid] nach Eigenangaben bundesweit über rd. 3.500 aktive, mit den passiven über 6.000 bis 7.000 Mitglieder (VS-Bericht Bund 2007, Online-Fassung, S. 140). Der Jugendverband untergliedert sich in 16 Landesverbände; der LV NI gliedert sich weiter auf in sog. Basisgruppen.*
- 24| *Programm vom 05.04.2008.*
- 25| *Online: <http://www.linksjugend-solid.de/verband/programm/>*
- 26| *WASG = Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative.*
- 27| *Insbes. Chemnitzer Parteiprogramm 10/2003; Leitantrag des Parteivorstandes auf dem Potsdamer Parteitag 10/2004; „Kooperationsabkommen“ 12/2005. – Eckpunktepapier 03/2007
online: http://die-linke.de/partei/dokumente/programmatische_eckpunkte/*
- 28| *Siehe Eckpunktepapier 03/2007
online: http://die-linke.de/partei/dokumente/programmatische_eckpunkte/*
- 29| *Siehe FAZ, 17.09.2008.*

WEITERE PUBLIKATIONEN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG
ZUM THEMA „EXTREMISMUS IN DEUTSCHLAND“

- **Armin Pfahl-Traughber:**
*Der „zweite Frühling der NPD“
Entwicklung, Ideologie, Organisation und Strategie einer rechtsextremistischen Partei
Zukunftsforum Politik, Nr. 92/2008
ISBN 978-3-940955-22-7*
- **Uwe Backes:**
*Die Entzauberung der Extremisten?
Erfolgsbedingungen der NPD im internationalen Vergleich
Zukunftsforum Politik, Nr. 90/2008
ISBN 978-3-940955-20-3*
- **Rudolf van Hüllen:**
*Das Rechtsextreme Bündnis: Aktionsformen und Inhalte
Zukunftsforum Politik, Nr. 87/2008
ISBN 978-3-939826-96-5*
- **Manfred Funke:**
*Totalitarismus, Extremismus, Radikalismus
(Sonderpublikation)
Sankt Augustin/Berlin 2008*

DER AUTOR

Uwe Schünemann, geboren am 8. August 1964 in Stadtoldendorf, evangelisch, ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Nach dem Abitur in Holzminden absolvierte Uwe Schünemann eine Ausbildung zum Industriekaufmann, leistete seinen Grundwehrdienst und war als Industriekaufmann im Export beruflich tätig.

Seine politische Karriere begann 1979 mit dem Eintritt in die Junge Union, wo er 1981 Vorsitzender des Stadtverbandes Holzminden wurde. 1984 trat er in die CDU ein und ist seit 1997 Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Holzminden. Unter anderem war er Ratsherr und von 1996 bis 1999 Bürgermeister der Stadt Holzminden. Seit 1994 ist Uwe Schünemann Mitglied des Niedersächsischen Landtages und war Innenpolitischer Sprecher und Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion.

Seit dem 4. März 2003 ist er zum Minister für Inneres, Sport und Integration des Landes Niedersachsen berufen.